

Analyse

Dem Koalitionsvertrag müssen mutige Taten folgen

Der Vertrag aus Sicht des Mittelstands

Vorbemerkung

Das Jahr 2009 wird mit zwei Schwerpunkten in die Geschichte eingehen: Es ist das Jahr mit dem größten Einbruch im Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland, und das Jahr, in dem eine neue Bundesregierung mit Ministern von CDU, CSU und FDP einen Politikwechsel ermöglicht. Der am 26. Oktober 2009 unterzeichnete Koalitionsvertrag ist eine Weichenstellung für Wachstum.

Diese Analyse bewertet den Koalitionsvertrag aus der Perspektive des Mittelstands. Sie orientiert sich an dem Grundsatzprogramm des Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)¹ und untersucht, welche Vereinbarungen geeignet sind, **Wachstum und Wettbewerb** zu fördern.

I Mittelstand, Marktwirtschaft und Wettbewerb

Deutschland muss wieder zum Gründerland werden (814)². Diese positive Grundhaltung zum unternehmerischen Wettbewerb wird in mehreren Stellen im Koalitionsvertrag gefestigt. Konkrete Maßnahmen beziehen sich beispielsweise auf eine Gründerkampagne, eine Ausweitung des Angebots von Mikrokrediten für Gründer und Kleinunternehmer und die Prüfung, wie Innovationsgutscheine eingeführt werden können (799). In das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll als letzter Ausweg die Möglichkeit einer Entflechtung aufgenommen werden (461). Auch für die Krankenkassen wird ein Wettbewerb im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

In anderen Bereichen fehlt der Mut, auf eine stärker wettbewerbsorientierte Marktordnung zu drängen, die Ineffizienz und überhöhte Preise verhindert. Das gilt beispielsweise für die Berufsgenossenschaften. Auch ein deutliches Vorgehen gegen die Strukturen im Energiesektor, der von wenigen Unternehmen beherrscht wird, würde der neuen Regierung gut zu Gesicht stehen. Die Aussagen zur Trennung von Energieproduktion und Netzbetrieb sind nur vage und Instrumente zur Senkung von Energiepreisen in Deutschland werden nicht deutlich benannt.

Im Bankensektor sind die angestrebten höheren Hinterlegungssätze für Eigenkapital von systemrelevanten Banken (2232) ein richtiger Ansatz, der von weiteren Maßnahmen begleitet werden muss, um wieder mehr Wettbewerb zu erzeugen. Die krisenverschärfende Eigenschaft von Basel II wird zwar angesprochen (2244), das Hauptproblem der unterschiedlichen Hinterlegungssätze für Kredite an den Mittelstand auf der einen und für von Ratingagenturen bewerteten Wertpapieren auf der anderen Seite aber außer Acht gelassen. Die in Aussicht gestellte anteilige Garantiemöglichkeit für Anlagen institutioneller Investoren in Gründungsunternehmen (834) widerspricht der marktwirtschaftlichen Balance von Chance und Risiko. Koordination, Moderation und einfache Rahmenbedingungen durch den Staat sind sinnvoll, staatliche Garantien sind für Einlagen in zu gründende Unternehmen aber nicht notwendig.

Ein wichtiger und angemessen berücksichtigter Punkt ist die Forderung nach Bürokratieabbau. Dazu gehören die Stärkung des Normenkontrollrats, mehr Befristung von Gesetzen, Verordnungen

¹ <http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Bund/Texte/Grundsatzprogramm.pdf>

² Die angegebenen Zahlen beziffern sich auf die Randziffern im Koalitionsvertrag.

Analyse

und Verwaltungsvorschriften, die Reduzierung der Kosten für die Wirtschaft aus Informationspflichten (359) um 25 Prozent bis 2011 und die mittelstandsorientierte Abschätzung von Gesetzesfolgen auch auf europäischer Ebene. Kritisch zu hinterfragen bleiben hier allerdings Funktion und Wirksamkeit des Normenkontrollrates an sich.

Eine Genehmigungsfiktion für alle Wirtschaftsbereiche sowie ein 25-prozentiger Abbau nicht nur der Informations-, sondern aller Bürokratiepflichten, hätten den positiven Eindruck weiter verstärkt.

II Mittelstand, Steuern und Abgaben

Steuersenkungen werden durchgeführt, eine Steuerstrukturreform für 2011 in Aussicht gestellt (107). Das geplante zusätzliche Entlastungsvolumen von 24 Mrd. Euro im Bereich der unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für Familien mit Kindern (96) ist beachtlich. Eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen wird die Wachstumskräfte in Deutschland stärken. Mit einer Reform des Gesundheitswesens wird begonnen. Ein gedeckelter Arbeitgeberanteil bei der Krankenversicherung (3913) sowie die geplante Begrenzung der Lohnzusatzkosten weisen in die richtige Richtung.

Bei den Unternehmenssteuern erhöht die dauerhafte Möglichkeit zur Verlustnutzung bei Anteilsübertragungen (121) die zur Verfügung stehende Liquidität im Rahmen von Sanierungen. Die höhere Freigrenze bei der Zinsschranke entlastet betroffene mittelständische Unternehmen wirksam. Im Bereich der Gewerbesteuer³ (144) und Erbschaftssteuer⁴ (228) werden kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht. Eine vollständige kurzfristige Streichung der gewinnunabhängigen Elemente aus der Gewerbesteuer, der Lohnsummenregelung aus der Erbschaftssteuer und eine Abschaffung der Zinsschranke für alle mittelständischen Unternehmen wären mutiger und zielführender gewesen. Zudem fehlen Aussagen zum Solidaritätszuschlag, zur degressiven Abschreibung und zur Steuerfreiheit von reinvestierten Gewinnen.

Es bleibt das Spannungsfeld zwischen Entlastungen und der Schuldenbremse im Grundgesetz. Sparmaßnahmen werden zwar angekündigt, aber nicht konkretisiert.

III Mittelstand, Arbeitsmarkt und Bildung

Positiv sind der Verzicht auf eine gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen sowie die geplante Erweiterung der Möglichkeiten für eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen. Dennoch werden wesentliche Einstellungshemmnisse nicht beseitigt. So spielt ein Verzicht auf Kündigungsvorschriften für Unternehmen bis zu 20 Mitarbeitern keine Rolle mehr, ebenso haben die Koalitionäre darauf verzichtet, sich auf den Vorrang für betriebliche Bündnisse oder die Bruttolohnauszahlung zu verständigen. Diese Maßnahmen wären aber notwendig, um die durch die Steuersenkungen erhofften Wachstumseffekte leichter zu realisieren.

³ Reduktion des Hinzurechnungssatzes bei Immobilienmieten von 65% auf 50%.

⁴ Verkürzung Haltefrist und Absenkung der Lohnsumme.

Analyse

Der bildungspolitische Teil des Koalitionsvertrags ist umfangreich und setzt auf die richtigen marktwirtschaftlichen Anreize. Dazu gehört das Zukunftskonto (2594) ebenso wie das nationale Stipendienprogramm (2604). Die Festlegung auf eine Abzugsfähigkeit von gewährten Stipendien als Betriebsausgaben würde dem sinnvollen Anliegen weiter dienlich sein. In der Innovations- und Forschungspolitik werden im Wesentlichen bekannte und bewährte Instrumente fortgeführt und ausgebaut. Angesichts der generellen Länderzuständigkeit in Bildungsfragen sind jedoch die Gestaltungsspielräume des Bundes begrenzt.

FAZIT:

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) begrüßt die neue Bundesregierung und sichert ihr eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Mittelstand zu. Der Koalitionsvertrag ist eine Weichenstellung für Wirtschaftswachstum in Deutschland.

Der Koalitionsvertrag ist bei vielen Politikfeldern sehr detailliert, andererseits enthält der Text zahllose Prüfaufträge, auch an wichtigen Stellen wie Steuern, Arbeitsmarkt und Gesundheit. An einer eher beiläufigen Stelle (559) wird jede im Vertrag vereinbarte Maßnahme unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Das zeigt, dass wichtige Eckpunkte noch nicht konkret vereinbart sind und viele Kontroversen auf das laufende Regierungs- und Parlamentshandeln verschoben werden. Hierzu zählt beispielsweise auch eine Nachfolgeregelung für den Gesundheitsfonds.

Die Chance, einen wirksamen Subventionsabbau nach einer Wiederbelebung der Konjunktur zu vereinbaren und so zur Finanzierung der wachstumspolitischen Maßnahmen beizutragen, wird nicht genutzt. Der Begriff "Subventionsabbau" fehlt im Koalitionsvertrag⁵. Schon bei der bevorstehenden Aufstellung des Haushalts 2010 rechnen wir mit einer Wiederbelebung vieler Diskussionen.

Dennoch wirkt der Koalitionsvertrag über den Tag hinaus. Er bekennt sich zur Nachhaltigkeit, fördert die Gesundheitsvorsorge und stärkt, etwa mit dem Betreuungsgeld für unter Dreijährige, den Stellenwert der klassischen Familienorganisation. Der Vertrag setzt auf den Ausbau erneuerbarer Energien, bekräftigt die Klimaziele, beinhaltet das Ziel einer Forschungsförderung insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, fordert Netzneutralität im Internet und bekennt sich zu einer Verlängerung der Laufzeit von sicheren und modernen Kernkraftwerken.

Wir wünschen der neuen Regierung aus CDU, CSU und FDP viel Erfolg und werden sie jederzeit sowohl konstruktiv als auch kritisch begleiten.

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e.V.
Mosse-Palais, Leipziger Platz 15
D-10117 Berlin
Tel.: 030 / 533 206 0; FAX: 030 / 533 206 50
eMail: politik@bvmw.de

⁵ Lediglich im Kapitel "Entwicklungszusammenarbeit" wird der Abbau von Agrarsubventionen als Ziel genannt.